

Protokoll

über die 30. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Umwelt-, Bau- und
Feuerwehrausschusses der Stadt Wedel am Donnerstag
dem 29.09.2016, im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:50 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Detlev Blohm
Frau Kerstin Dorbandt
Herr Heinrich Hormann
Herr Jörg Keller
Herr Klaus Schröder

WSI:

Frau Ingrid Paradies
Frau Anette Wente

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Herr Rainer Hagendorf

SPD-Fraktion:

Frau Sophia Jacobs-Emeis
Herr Wolfgang Rüdiger

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Herr Thomas Grabau

Vorsitzender

FDP-Fraktion:

Herr Prof. Dr. Helmut Thöm

Fraktion DIE LINKE:

Herr Johannes Schneider

Seniorenbeirat:

Herr Reinhard Schuster

Seniorenbeirat (Vertreter für Frau Dr. Klug)

Jugendbeirat:

Herr Raphael Ahlemann

Protokoll der 30. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Umwelt-, Bau- und
Feuerwehrausschusses
vom 29.09.2016

Umweltbeirat:

Herr Jens Peyn

Verwaltung:

Frau Annette Boettcher
Frau Regina Flesken
Herr Peter Krause
Herr Klaus Lieberknecht
Frau Annette Lomberg
Frau Christiane Maylahn
Frau Annika Saß
Herr Niels Schmidt
Frau Sonja Taschendorf
Frau Birgit Woywod
Herr Jens Zwicker

Fachdienst 2-60
Fachdienst 2-10
Fachdienst 2-60
Fachbereichsleiter 2
Fachdienst 2-60
Leitstelle Umweltschutz
Fachdienst 2-63
Bürgermeister, bis einschl. TOP 7.3
Schriftführerin
Fachdienstleiterin 2-60
Fachdienstleiter 2-10

Stadtentwässerung:

Herr Uwe Harms

Werkleiter

Gäste:

Herr Brandenburg

Landesbetrieb Küstenschutz, Nationalpark
und Meeresschutz, zu TOP 5

Herr Dehn

Architekt, zu TOP 8.1

Herr Dreßler

Landesbetrieb Küstenschutz, Nationalpark
und Meeresschutz, zu TOP 5

Herr Hitsch

SBI GmbH, zu TOP 6

Es fehlte entschuldigt:

CDU-Fraktion:

Herr Jan Höpermann
Herr Ulrich Kloevekorn
Herr Stephan Schwartz

stellvertr. Vorsitzender

SPD-Fraktion:

Herr Tobias Niemeyer

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Herr Dr. Ralf Sonntag

Jugendbeirat:

Herr Jeremias Gropp

Vertreter Kleingartenverein:

Herr Jörn Stührenberg

Vertreter Ortsbauernverband:

Herr Richard Möller

Um 18:00 Uhr begrüßt der Vorsitzende Herr Grabau alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass der TOP 3 entfällt, da das Protokoll noch nicht vorliegt. TOP 9.4, Straßenbeleuchtung, wurde auf die nächste Sitzung verschoben. Herr Grabau beantragt das Rederecht für den Schulleiter der Gebrüder-Humboldt-Schule, Herrn Herwig, für TOP 7.2. Dem stimmt der Ausschuss mit 13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen zu. Weiter beantragt Vorsitzende, die Öffentlichkeit für die Punkte 9 und 10 auszuschließen. Dieser Antrag wird ebenfalls mit 13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen angenommen.

Der Ausschuss bestätigt die Tagesordnung mit 13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen, womit die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden kann:

- 1.) **Einwohnerfragestunde**
- 2.) **Anfragen und Mitteilungen zu Kleingartenangelegenheiten**
- 3.) **Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 29. Sitzung vom 08.09.2016**
- 4.) **Anhörung Beiräte**
- 5.) **Sanierung Sperrwerk Wedeler Au**
hier: Vorstellung durch den Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz LKN
- 6.) **Bestandsaufnahme des Radwegenetzes**
hier: Vorstellung durch das Ingenieurbüro
- 7.) **Beschlussvorlagen**
 - 7.1 **Straßenbau Friedrich-Großheim-Straße und Eichkamp - Bauprogramm**
Vorlage: BV/2016/107
 - 7.2 **Gebrüder-Humboldt-Schule: Brandschutzmaßnahmen für den Anbau I. BA**
Vorlage: MV/2016/081
 - 7.3 **Erweiterung Gebrüder-Humboldt-Schule - 1. BA - Baubeschluss**
Vorlage: BV/2016/089



8.) Mitteilungen und Anfragen

- 8.1 Albert-Schweitzer-Schule - Vorstellung der Voruntersuchung zur Erweiterung der Schule
Vorlage: MV/2016/066
- 8.2 Kinderspielplätze in Wedel
Hier: Operatives Ziel 2016
Vorlage: BV/2016/110
- 8.3 Stand wichtiger Bauvorhaben - Tief- und Gartenbau
Vorlage: MV/2016/075
- 8.4 Berichtsheft 1/2016
Vorlage: MV/2016/078
- 8.5 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
- 8.6 Sonstiges

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

9.) Beschlussvorlagen

- 9.1 Ausbau der Heinrich-Schacht-Straße - Nachtragsvereinbarung Nr. 1
Vorlage: BV/2016/094
- 9.2 Erweiterung Gebrüder-Humboldt-Schule - Folgebeauftragung der Architekten und Ingenieure
Vorlage: BV/2016/112
- 9.3 Wohnunterkunft Steinberg
Vorlage: BV/2016/091

10.) Mitteilungen und Anfragen

- 10.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
- 10.2 Sonstiges

11.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Öffentlicher Teil:

1.) Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner fragt, ob bei der Sanierung des Landesdeichs auch die Sackstellen bedacht werden. Weiter fragt er nach dem Termin für das 2. Sperrwerk in Haseldorf und wann der

Mitteldeich 1147 auf Sollhöhe gebracht wird. Für die Beantwortung wird auf TOP 5 verwiesen.

2.) Anfragen und Mitteilungen zu Kleingartenangelegenheiten

Der Vertreter hat sich entschuldigt.

3.) Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 29. Sitzung vom 08.09.2016

Das Protokoll liegt noch nicht vor.

4.) Anhörung Beiräte

Der Seniorenbeirat bemängelt, dass der Weg zwischen Mühlenweg und Rudolf-Breitscheid-Straße im schlechten Zustand ist und Stolperkanten aufweist.

Der Umweltbeirat will in der Hoffnung auf Verstärkung eine Allianz mit dem Klimaschutzfonds eingehen. Herr Peyn berichtet, dass ihnen das Management der Leitstelle Umweltschutz sehr gut bekomme.

5.) Sanierung Sperrwerk Wedeler Au hier: Vorstellung durch den Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz LKN

Herr Brandenburg vom LKN stellt die Planungen für die notwendige Sanierung des Wedeler Sperrwerks kurz vor. Bis Ende November 2016 soll die Baustelleneinrichtung erfolgen. Aufgrund der Hochwassersaison wird die Baustelle dann bis in den April 2017 ruhen. Ende September 2017 soll die Maßnahme abgeschlossen sein. Anschließend erfolgt die Sanierung der Sperrwerkstore. Während der Bauphase wird die Brücke über das Sperrwerk durch eine Behelfsbrücke ersetzt, die von Fußgängern und Radfahrern genutzt werden kann. Der Vorsitzende fragt, ob die Brücke auch als Rettungsweg dienen kann. Herr Brandenburg antwortet, dass dies für die Feuerwehr nicht möglich sein wird, aber für Rettungswagen.

Herr Brandenburg verweist den Einwohner für seine Fragen (siehe TOP 1) an die zuständige Abteilung des LKN. Der Einwohner müsse nur an das LKN schreiben, dann wird sein Schreiben entsprechend weitergeleitet.

6.) Bestandsaufnahme des Radwegenetzes hier: Vorstellung durch das Ingenieurbüro

Herr Lieberknecht führt in das Thema ein. Mit der Erfassung der Radwege ist der 1. Schritt getan. Als Zweites müssen die Maßnahmen priorisiert werden, um nächstes Jahr mit ihnen anfangen zu können.

Herr Hitsch, SBI GmbH, stellt die Ergebnisse kurz vor. Die Präsentation ist im Bürgerinformationssystem unter dieser Sitzung und diesem TOP abrufbar (www.wedel.de, Rathaus & Politik).



Frau Jacob-Emeis fragt nach dem Jörg-Balack-Weg und dem Radweg am Breiten Weg. Herr Hitsch bedauert, Detailfragen kann er nur anhand der jeweiligen Projektblätter beantworten.

Frau Jacob-Emeis bittet darum, die Projektblätter den Fraktionen zur Verfügung zu stellen. Herr Grabau möchte, dass die Unterlagen auch an die Beiräte verteilt werden. Herr Lieberknecht erklärt, dass die Verwaltung noch nicht alles gesichtet hat. Es ist geplant, dass dem Ausschuss eine Prioritätenliste vorlegt wird, die mit der Verkehrsaufsicht abgestimmt ist. Gegebenenfalls sollte man sich zuerst die unzumutbaren Wege anschauen. Eine Überlegung wäre, diese, wenn sie nicht zwingend zu nutzen sind, ganz aufzuheben und stattdessen den Radverkehr auf die Fahrbahn zu verlegen. Im Haushaltsentwurf 2017 sind 50.000 € für Sofortmaßnahmen vorgesehen. Die Verwaltung empfiehlt, erste Maßnahmen umzusetzen.

Herr Hagendorf erkundigt sich nach den Wegen mit wassergebundenen Oberflächen. Herr Hitsch erklärt, dass sie im August die Begutachtung vorgenommen haben und die Vielzahl der Wege einen guten Eindruck gemacht hat. Herr Keller findet es schade, dass nur bei Trockenheit begutachtet wurde und regt an, eine Nacherhebung bei Nässe zu machen.

Herr Grabau würde es begrüßen, wenn die Daten schon zur Haushaltsberatung vorliegen könnten.

7.) Beschlussvorlagen

7.1.) Straßenbau Friedrich-Großheim-Straße und Eichkamp - Bauprogramm Vorlage: BV/2016/107

Herr Hagendorf erkundigt sich, ob die Altlasten berücksichtigt wurden. Außerdem stellt er fest, dass 19 Straßenbäume gefällt und nur wenige wieder gepflanzt werden sollen. Seiner Meinung nach sollte die Maßnahme, wenn auch nicht gestrichen, so doch aufgrund der Haushaltslage vertagt werden. Frau Boettcher erwidert, dass mit Altlasten gerechnet werden muss. Es gibt ein Gutachten über die Bäume, in dem ihnen eine kurze Lebensdauer prognostiziert wird. Man plant Ersatzpflanzungen in den Pflanzinseln unterzubringen. Für mehr Bäume ist kein Platz.

Herr Rüdiger erklärt, dass dieser Straßenbau im UBF seit 2 Jahren beraten wird und dass es jetzt Zeit wird, ihn auszuführen. Dieser Meinung schließen sich die WSI und die CDU an. Auch die FDP hat keine Bedenken, jetzt abzustimmen.

Herr Lieberknecht ergänzt, dass die Maßnahme von der Verwaltung aufgrund eines politischen Beschlusses vorbereitet wurde.

Herr Grabau befürchtet, dass der Stadt wegen der Altlasten erhebliche Mehrkosten entstehen könnten. Er fragt daher, wie oft und welche Proben genommen wurden und wieviel Geld für die Sanierung eingerechnet ist. Frau Boettcher antwortet, dass die Höhe der Kosten erst nach der Ausschreibung zu beziffern sein wird. Man hat pro Straße einmal gebohrt. Aber zur besseren Eingrenzung will man nochmal bohren. Sie geht davon aus, dass mindestens 50 % der Baumaterialien betroffen sein könnten.

Auf Nachfrage erklärt Frau Woywod, dass die Anlieger 90 % der beitragsfähigen Kosten tragen müssen. Dazu gehören auch die Entsorgungskosten.

Herr Grabau lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Ausschuss beschließt mit 13 Ja / 0 Nein / Enthaltungen:

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss beschließt das Bauprogramm zum Straßen

**bau der Friedrich-Großheim-Straße und der Straße Eichkamp entsprechend der dieser
Beschlussvorlage beigefügten zwei Tabellen (Anlagen).**

**7.2.) Erweiterung Gebrüder-Humboldt-Schule - 1. BA - Baubeschluss
Vorlage: BV/2016/089**

Der Ausschuss nimmt unter diesem Punkt auch die MV/2016/081, Gebrüder-Humboldt-Schule: Brandschutzmaßnahmen für den Anbau I. BA, zur Kenntnis.

Herr Blohm hat eine Frage zu den Kosten, die im nicht öffentlichen Teil besprochen wird.

Der Ausschuss beschließt mit 13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen:

**Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss beschließt, den I. BA zur Erweiterung der
Gebrüder-Humboldt-Schule um zu setzen.**

Mittel stehen im Budget 2182 01707 90001 zur Verfügung.

8.) Mitteilungen und Anfragen

**8.1.) Albert-Schweitzer-Schule - Vorstellung der Voruntersuchung zur Erweiterung
der Schule
Vorlage: MV/2016/066**

Herr Dehn stellt mögliche Varianten vor. Die Präsentation ist im Bürgerinformationssystem unter dieser Sitzung und diesem TOP abrufbar (www.wedel.de, Rathaus & Politik).

Frau Jacob-Emeis fragt, welche Toiletten die Grundschüler bei Variante 4 nutzen sollen. Herr Dehn antwortet, dass in den jetzigen Containern auch keine Toiletten sind und die Schüler in ein anderes Gebäude gehen.

Herr Rüdiger erklärt, dass es sich hier nur um eine Mitteilungsvorlage handelt und im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport (BKS) gestern Beratungsbedarf angemeldet wurde. Für die SPD kommen alle 4 Modelle infrage.

Die FDP hat sich noch nicht festgelegt. Herr Dr. Thöm meint aber, dass in Zeiten knapper Kassen für eine „Komfortlösung“ mit Abriss eine gute Begründung vorliegen müsste.

Herr Schröder schließt sich für die CDU an. Er erkundigt sich nach dem Zustand der Klassen, die abgerissen werden würden. Darüber hinaus möchte die CDU die Maßnahme in den Haushaltsberatungen mitbetrachten.

Auf Nachfrage berichtet Herr Dehn, dass die Schulleiterin die Varianten 1 und 4 bevorzugt und dafür auch bereit ist, 2-4 Jahre zu warten. Bei der Sportplatzlösung fallen Flächen weg. Bei der eingeschossigen Variante könnte die Option für ein weiteres Geschoss geschaffen werden, was allerdings 30.000 € Mehrkosten verursacht.

Frau Dorbandt schlägt vor, dass die Beschlussfassung in einer gemeinsamen Sitzung mit dem BKS erfolgen sollte. Auch Herr Grabau ist dafür, findet aber, dass dies schon in der nächsten Sitzung sein sollte. Für eine gemeinsame Sitzung plädieren auch die CDU und WSI. Frau Paradies stellt fest, dass Kinder Platz brauchen, und lehnt Varianten mit zusätzlichem Flächenverbrauch ab.

Frau Jacob-Emeis fragt ebenfalls nach dem Zustand der jetzigen Räume. Frau Flesken berichtet, dass es im Frühjahr zu einer Durchfeuchtung von unten gekommen ist. Der Grund sei bisher noch nicht gefunden worden. Es könnte passieren, dass man die Variante 4 wählt



und dann trotzdem abreißen müsste. Herr Dr. Thöm ist empört, dass das Problem nicht klärbar ist. Dem schließt sich der Vorsitzende an, der Zahlen bis zur nächsten Sitzung möchte und Herr Schröder erwartet eine intensive Untersuchung der Durchfeuchtung.

Herr Schneider fragt, wann überhaupt die Räume gebraucht werden, wenn die Schulleiterin auch „4 Jahre warten“ würde. Herr Lieberknecht erklärt, dass die Verwaltung den Auftrag hatte, Möglichkeiten aufzuzeigen. Noch sind keine Kosten im Haushaltsentwurf 2017 vorgesehen.

Herr Blohm fragt, ob die Variante 1 Brandschutzprobleme für den Altbestand auslösen würde. Das bezweifelt Herr Dehn, da im Altbau eine Brandschutzmeldeanlage und ein Rauchabzug installiert ist. Er geht davon aus, dass hier keine Mehrkosten entstehen.

8.2.) Kinderspielplätze in Wedel **Hier: Operatives Ziel 2016** **Vorlage: BV/2016/110**

Frau Woywod berichtet, dass diese Vorlage als Beschlussvorlage gestern im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport (BKS) beraten und vertagt wurde.

Frau Dorbandt bemängelt die Anlage 3 der Vorlage. Sie beantragt, die Liste logischer aufzubauen, damit die Schnittpunkte der Spielplätze besser zu erkennen sind. Sie weist auf die Ganztagschulen hin und darauf, dass die Spielplätze der Schulen außerhalb der Schulzeiten für Kinder zugänglich sind.

Herr Dr. Thöm schlägt vor, die Bürger bei der Entscheidung „mitzunehmen“ und mögliche Bürgereinwände allerdings kritisch abzuwägen.

Herr Hagendorf beanstandet, dass die Kindergärten nicht befragt wurden. Die Verwaltung erwidert, dass die Kinderspielplätze der Stadt für 6-12-Jährige sind, die Kita-Kinder dagegen jünger sind.

Frau Paradies erklärt, dass aber Kindergärten auch 6-Jährige haben und dass es für die Kleineren spannend ist, auch andere Spielplätze zu nutzen.

Herr Blohm erkundigt sich, ob durch die interne Leistungsverrechnung die Ersparnis bezifferbar ist. Frau Lomberg antwortet, dass es einen gemittelten Wert von 5.800 € pro Spielplatz gibt. Hierin enthalten sind die Personal- und Maschinenkosten des Bauhofs für seinen Einsatz auf den Spielplätzen und ein Unterhaltungsansatz für Ersatzteile, Reparaturen, Sandaustausch etc. Allerdings kann man nicht darstellen, welche Investitionen die Stadt zukünftig spart, wenn sie einen Spielplatz aufgibt.

Herr Schröder fordert, Kinder und Spielplätze jeweils zusammenzufassen, um die Zumutbarkeit beurteilen zu können.

Herr Grabau erinnert daran, dass für die Spielplätze der BKS zuständig ist und die Vorlage hier nur zur Kenntnis gegeben wird, weil es einen Antrag der CDU gegeben hat.

Frau Jacob-Emeis möchte die Eltern und Großeltern beteiligen und schlägt eine gemeinsame Sitzung der Ausschüsse BKS und UBF vor.

8.3.) Stand wichtiger Bauvorhaben - Tief- und Gartenbau **Vorlage: MV/2016/075**

Nach Klärung einiger Fragen, nimmt der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis.

8.4.) Berichtsheft 1/2016 **Vorlage: MV/2016/078**



Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

8.5.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

Die Verwaltung berichtet, dass das Problem Fußweg beim Klintkamp direkt mit Herrn Eichhorn geklärt wurde. Wegen der Baustelle Tinsdaler Weg hat sich die Verkehrsbehörde direkt an Herrn Rüdiger gewandt.

Die "Geisterfahrer-Embleme" dürfen laut Herrn Brix nicht dauerhaft aufgebracht werden. Frau Dorbandt sagt, dass sie die Zusage einer Mitarbeiterin habe, dass Embleme aufgebracht werden und dass ihr bekannt ist, dass dies nicht dauerhaft ist.

8.6.) Sonstiges

Frau Jacob-Emeis berichtet aus der letzten Ratssitzung, in der ein Einwohner einen dicken Ast mitgebracht hat, der auf die Straße gefallen war. Sie fragt, ob Baumschnittarbeiten am Breiten Weg deswegen durchgeführt werden. Frau Lomberg erklärt, dass regelmäßig Baumkontrollen und -pflegearbeiten durchgeführt werden. Grünausbrüche sind aber leider nicht vorhersehbar. Eine Baumpflegefirma war sofort vor Ort und hat den Baum entsprechend beschnitten, damit er wieder verkehrssicher ist.

Frau Woywod teilt mit, dass der Landesbetrieb Verkehr endlich auf die Anfrage wegen der Beleuchtung Holmer Straße geantwortet hat. Er gestattet die Verlegung des Kabels im Grünstreifen und die Querung des Radwegs mit einer Erdrakete. Es muss aber ein Abstand von 25 cm zwischen Beleuchtung und Radweg eingehalten werden. Das Problem, dass die Beleuchtung auf Privatgrund errichtet werden muss und nicht alle Eigentümer das wollen, ist damit noch nicht geklärt.

Wenn die Politik eine Beleuchtung will, muss sie jetzt einen Antrag stellen bzw. Beschluss fassen, damit die Kosten im Haushalt eingeworben werden. Die Kosten würden sich bei einem Abstand von 80 m zwischen den Leuchten auf 150.000 € belaufen.

Herr Grabau will die Gemeinde Holm aktivieren und Herr Dr. Thöm fragt, ob man die 25 cm Abstand unterlaufen kann. Er hofft, dass man andere Ergebnisse erhält, wenn die Eigentümer gezielt befragt werden.

Frau Woywod berichtet, dass Bescheide für Straßenbaubeiträge für die B431 Rissener Str./Rosengarten (Möllers Park bis Cronningstraße) verschickt werden. Der Beitrag liegt bei 17ct/m².

Herr Grabau möchte wissen, ob es Möglichkeiten gibt gegen die Müllproblematik am Hundestrand einzuschreiten. Herr Ahleemann berichtet von Zelten, die dort monatelang stehen und bewohnt werden. Frau Wente sagt, dass auch Hunde am Strandbad frei rumlaufen, was unzulässig ist.

Herr Hormann kommt auf die Baukosten Rissener Straße zurück (TOP 8.3, MV/2016/075) und beschwert sich, dass die Mehrkosten vom 900.000 € einfach so abgehakt werden. Die Verwaltung antwortet, dass man dies schon im Juli mitgeteilt hat. Eine Kostenschätzung beruht auf Ansätzen pro m² und ist immer ungenau. Erst bei der Planung erhält man genauere Zahlen. Hier spielten auch die belasteten Böden eine Rolle. Die Kosten für die Straße trägt der Bund. Die Stadt kommt nur für einen kleinen Teil, für die Gehwege, auf.



Protokoll der 30. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Umwelt-, Bau- und
Feuerwehrausschusses
vom 29.09.2016

Um 20:15 Uhr schließt der Vorsitzende die Öffentlichkeit aufgrund des Beschlusses zur Tagesordnung von der weiteren Beratung und Beschlussfassung aus und unterbricht die Sitzung bis 20:24 Uhr.

11.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Es ist keine Öffentlichkeit mehr anwesend.

In nicht-öffentlicher Sitzung wurde die Nachtragsvereinbarung für den Ausbau der Heinrich-Schacht-Straße (BV/2016/094) und die Folgebeauftragung der Architekten und Ingenieure für die Erweiterung Gebrüder-Humboldt-Schule (BV/2016/112) beschlossen. Die BV/2016/091, Wohnunterkunft Steinberg, wurde in den Rat verwiesen.

gez. Thomas Grabau

Vorsitzender

Sonja Taschendorf
Schriftführerin

Datum der
Unterschrift 14.10.2016

14.10.2016

